

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mehr Investitionen für Bildung und Forschung statt Eigenheimzulage

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den von der Bundesregierung verabschiedeten „Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Unterstützung der Innovationsoffensive durch Abschaffung der Eigenheimzulage“, der vorsieht, die Eigenheimzulage zum 1. Januar 2005 abzuschaffen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Eigenheimzulage seit Jahren die steuerliche Einzelsubvention mit dem höchsten Volumen ist. Ihre Effizienz und Notwendigkeit wird seit geraumer Zeit in Frage gestellt.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Absicht der Bundesregierung, hierdurch frei werdende Mittel in Bildung und Forschung zu investieren und den Bundesländern jährlich hierfür 2,504 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) beabsichtigt, die hierdurch auch im Land Bremen mehr zur Verfügung stehenden Mittel in Bildung und Forschung zu investieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass das Land Bremen von diesen Mehreinnahmen schon in den nächsten fünf Jahren über 220 neue Lehrer/-innenstellen allein im Grundschulbereich schaffen könnte.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass im Ländermittel der OECD-Mitgliedsstaaten im Jahr 2000 5,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Bildungssysteme aufgewendet wurden. Deutschland liegt mit 5,3 % leicht unter diesem Durchschnitt. Damit ist der Anteil nach 5,5 % 1995 und 5,6 % 1999 wieder leicht gesunken. Deutlich höhere Anteile ihres BIP gaben beispielsweise Kanada (6,4 %), Dänemark (6,7 %), Frankreich (6,1 %), Korea (6,3 %) und die Vereinigten Staaten (7 %) aus. Diese Zahlen verdeutlichen, dass in Deutschland erhebliche Defizite bei der Bildungsfinanzierung bestehen. Dieser Herausforderung müssen sich Bund und Länder stellen. Ein Umsteuern der vorhandenen Ressourcen aus der Eigenheimzulage in Zukunftsinvestitionen ist somit dringend geboten.

Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen